www.svp-bern.ch, SVP Kanton Bern, Januar/Februar, Nr. 1-2020

SVP UDC

#bernstark

AZB 3000 Bern 25 – Post CH AG

Für eine bessere Zukunft!

Werner Salzmann, Ständerat und Parteipräsident, Mülchi

Leider geht es der Welt nicht besser, nur weil es unter dem Titel UNO eine sogenante Weltgemeinschaft gibt. Deshalb kann sich die Schweiz auch nicht darauf verlassen, dass es schon lange keinen Angriff mehr gab auf unser Land. Man darf sich nicht zurücklehnen und denken, es komme schon gut.

Ein ukrainisches Passagierflugzeug wurde versehentlich abgeschossen, 176 Menschen starben. In Pakistan starb über ein Dutzend Personen bei einem Bombenattentat, ähnliches geschah Burkina Faso – es brodelt auf fast allen Kontinenten, auch in unserer unmittelbaren Nachbarschaft! Ein Truppenbesuch im Kosovo überzeugte mich, dass es weiterhin Friedenstruppen braucht, damit die Völkergruppen sich nicht wieder bekämpfen. Wir leben nicht in einer friedlichen Welt, aber die GSoA ist weiterhin der Meinung, es brauche keine Armee und schon gar keine Flieger.

Komplexe Weltlage

Auch brennt es in Australien nicht wegen der Klimaerwärmung, und genauso wenig ist das Klima gerettet, nur weil Greta Thunberg ans WEF kommt. Die Weltlage ist komplexer als man meinen könnte, wenn man nur die Schlagzeilen liest. Kriminaltouristen nutzen die offenen Grenzen, aber man hat sich an ihre Taten gewöhnt. Dafür denkt man, man müsse noch mehr Gesetze machen – anstatt die geltenden Gesetze anzuwenden! Wenn jedes Land sich auf seine Kernaufgabe konzentrieren würde, nämlich einen sicheren Rahmen zu schaffen, damit für die gesorgt wird, die nicht für sich schauen können, sich die Bevölkerung frei entfalten kann und die Forschung weiterkommt, dann wäre die Weltgemeinschaft weiter!

Leider ist es nicht so. Weniger denn je sind Freiheit und Sicherheit einfach gegeben. Die SVP zeigt dies auf, schaut hin und zögert nicht, auch unangenehmes zu sagen oder das Referendum zu ergreifen, wenn es nötig ist. Ohne SVP könnte das Volk zu vielem gar nichts sagen, und unsere Stimme macht oft den Unterschied! Le Jura bernois est important pour notre canton bilingue. L'UDC s'est donc engagé pour que Moutier reste bernois – pas pour gagner des élections, mais pour le bien du peuple et du canton. C'est bien ça, le devoir d'un parti !

Sich für die Zukunft wappnen

Die SVP Kanton Bern ist schweizweit die mitgliederstärkste Kantonalpartei. Darauf dürfen wir stolz sein, aber uns auch nicht auf den Lorbeeren ausruhen! Nun müssen wir schauen, wie wir in die Zukunft gehen wollen, wo wir uns verbessern müssen und wie wir die Sektionen stärken können. Die Geschäftsleitung hat sich zum Ziel gesetzt, dies fundiert zu diskutieren und das Jahr zu nutzen, um die Partei zu rüsten, damit wir für die Bernerinnen und Berner auch künftig das Beste erreichen können. Wir haben viele Lösungsideen, aber wir müssen diese auch präsentieren. Und alle müssen auf allen Demokratieebenen – vom Mitglied über die Parlamentarier bis zu unseren Bundesräten – zusammenarbeiten für die Zukunft unseres Landes. Dafür wollen wir uns einsetzen, damit wir das neue Jahrzehnt zu einem besseren Jahrzehnt machen können.

Werner Salzmann

STAND

Es geit gäng öppis ir SVP

Eine kantonale Delegiertenversammlung sollte man nicht verpassen, vor allem nicht als Journalist. Das hat sich in Thun wieder einmal gezeigt.

Auf der Traktandenliste stand unter anderem eine kantonale Vorlage: der Kantonswechsel von Clavaleyres. Im Vergleich zu den viel diskutierten Themen Mieterinitiative, Zensurgesetz und Transitplatz ein unbestrittenes Geschäft, oder? Nicht wirklich! Die bernischen Delegierten lehnten den Kantonswechsel überraschend ab. Sie wollten damit zeigen, dass dem Kanton Bern jede einzelne Gemeinde wichtig sein muss.

Genau das macht die SVP aus: die lebendige Demokratie, die offenen Diskussionen und die Vielfalt von Temperamenten und Charakterköpfen von leisen Worten bis zu blumigen Gesten. Ebenso das Engagement für Plakate, die überall aufgehängt werden, die aber auch mal während der DV wieder runterfallen, wenn der Kleber nicht hält… eine echte Volkspartei von Bürgern, Gewerblern und Bauern, die sich im Milizsystem engagieren für mi und di.

Aliki Panayides, Geschäftsführerin

Nein zur Wohninitiative
Non à l'initiative de logements abordables

Warum die Delegierten zur linken Mieterinitiative klar Nein sagen.

ab Seite 2

Nein zum Zensurgesetz
NON à la loi de censure

Antirassismus-Strafnorm erweitern und noch mehr juristische Streitereien schaffen?

Seite 3

Clavaleyres

Die Liebeserklärung der Delegierten an Clavaleyres.

Seite 4

Transitplatz
Aire de transit

Nicht vergessen: Nein zum Kredit für den Transitplatz Wileroltigen.

Seite 8

Nein zur schädlichen Mieterverbands-Initiative!

Erich Hess, Nationalrat, Bern

Die Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» trägt einen irreführenden Titel. Wir stimmen nicht über preiswerte Mieten ab, sondern über den Ausbau des staatlichen Wohnungsbaus.

In erster Linie soll die Privatwirtschaft und nicht der Staat für den Bau von genügend und bezahlbaren Wohnungen sorgen. Statt immer mehr Steuergelder in den gemeinnützigen Wohnungsbau zu investieren, ist es besser, staatliche Vorschriften und Abgaben zu verringern. Davon profitieren Investoren und Mieter gleichermassen: Das Bauen wird für Investoren attraktiver, die Wohnungen für Mieter erschwinglicher. Staatliche Auflagen, die den Wohnungsbau verteuern, werden eins zu eins auf den Mietzins überwälzt. Auch die künstliche Baulandverknappung, wie dies die Initiative des Mieterverbands vorsieht, führt letztlich zu höheren Mieten.

Wohnungsmangel wegen Masseneinwanderung
Der von den Initianten ins Feld geführte Mangel an bezahlbaren Wohnungen hat nichts mit einer zu knappen Wohnbauförderung zu tun. Vielmehr ist er eine Folge der unbegrenzten Zuwanderung. Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU sind jedes Jahr im Schnitt rund 55'000 Menschen in die Schweiz eingewandert. Das entspricht der Einwohnerzahl der Stadt Biel, nota bene die zweitgrösste Stadt im Kanton Bern! Wer wirklich etwas gegen den Mangel an bezahlbarem Wohnraum tun will, sagt im Mai an der Urne Ja zur Begrenzungsinitiative der SVP.

Die Initiative hingegen bringt dem Steuerzahler vor allem eine Mehrbelastung. Der Bundesrat schätzt die Kosten auf 120 Millionen Franken pro Jahr. Um die Einhaltung der Regelungen zu überwachen, müsste zudem ein neuer bürokratischer Kontrollapparat aufgebaut werden.

Gemeinnütziger Wohnungsbau verfehlt Ziel
Zum Schluss noch ein interessantes Detail: Erfahrungswerte zeigen, dass ein Viertel der Baugenossenschaftsbewohner zu den reichsten 40 Prozent der Bevölkerung gehört. Das bedeutet nichts anderes, als dass diejenigen, für die solch preisgünstige Wohnungen eigentlich gedacht wären, gar nie in den Genuss solcher Möglichkeiten kommen. Der gemeinnützige Wohnungsbau verfehlt also bereits heute sein sozialpolitisches Ziel deutlich. Er darf deshalb nicht zulasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler weiter ausgebaut werden. Stimmen Sie am 9. Februar 2020 NEIN zur Initiative des Mieterverbandes!

Erich Hess

Abstimmungsparole zum 9. Februar 2020

Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen»:
NEIN mit 248 Stimmen bei 1 Ja- Stimme und 1 Enthaltung

Non à l'initiative néfaste de l'association des locataires

Le titre de l'initiative « Davantage de logements abordables » induit en erreur. Nous ne votons pas pour des loyers modérés, mais pour une extension de la construction de logements par l'État.

Il revient en premier lieu à l'économie privée et non à l'État de veiller à la construction d'assez de logements à prix modérés. Au lieu d'investir les deniers publics dans la construction de logements d'utilité publique, il vaut mieux réduire les prescriptions et les dépenses publiques. Une mesure dont profitent aussi bien les investisseurs que les locataires : non seulement construire devient alors intéressant pour les investisseurs, mais les loyers sont plus abordables pour les locataires. Les contraintes étatiques rendent plus chère la construction de logements et se répercutent sur les loyers. La pénurie factice de terrains à construire comme le prévoit l'initiative de l'Association des locataires aboutit en fin de compte à une augmentation des loyers.

La pénurie en logements abordables dont parlent les auteurs de l'initiative n'a rien à voir avec un encouragement restreint de construction de logements, mais est plutôt due à immigration illimitée. Depuis l'introduction de l'accord entre la Suisse et l'Union européenne sur la libre circulation, 55'000 personnes immigrent en Suisse chaque année. Ceci équivaut à la population de la ville de Bienne, deuxième grande ville du canton de Berne. Ceux qui veulent lutter efficacement contre la pénurie de logements à des prix abordables voteront Oui en mai prochain à l'initiative de limitation lancée par l'UDC.

L'initiative « Davantage de logements abordables » entraîne un surcroît de charges pour le contribuable. Le Conseil fédéral évalue les coûts à 120 millions de francs par an. Il faudrait en outre mettre sur pied un appareil bureaucratique de contrôle pour veiller à une application conforme de la réglementation.

Et pour terminer un détail qui ne manque pas de piquant : les valeurs empiriques montrent qu'un quart des occupants des logements des coopératives d'habitation font partie des 40% des nantis. Et cela signifie donc que cette opportunité est soustraite à ceux qui devraient en bénéficier. La construction de logements d'utilité publique rate son but déjà aujourd'hui. Elle ne doit donc pas être étendue au détriment des contribuables.

Votez NON le 9 février 2020 à l'initiative de l'Association des locataires.

Nein zu diesem Zensurgesetz

Andrea Geissbühler, Nationalrätin, Bäriswil

Das Parlament hat beschlossen, beim Straf- und Militärstrafgesetz die Rassismusstrafnorm mit dem Passus der *«sexuellen Orientierung»* zu erweitern.

Das heisst, dass man mit einer Anzeige rechnen muss, wenn man sich z.B. unter Freunden/Bekannten negativ oder kritisch über homosexuelle Personen äussert und dies jemand hört.
Dagegen wurde von der EDU, JSVP und anderen Parteien und Organisationen das Referendum ergriffen.
Auch eine Organisation von homosexuellen Menschen ist gegen diese Ergänzung. Sie wollen keine Sonderregelung, sondern gleich wie alle anderen behandelt werden.

Hass, Ausgrenzung, Mobbing und Gewalt, von wem und gegen wen auch immer, ist **nicht zu tolerieren** und kann **mit dem heutigen Strafrecht** auch **sanktioniert** werden. Alle Bürgerinnen und Bürger sind somit vor dem Gesetz gleich.

Es gibt viele andere Minderheiten: Behinderte, Übergewichtige, Impfgegner, Angehörige einer politischen Partei, ... Diese werden oft diskriminiert und für sie würde kein Schutzartikel gelten.

Die **Meinungsfreiheit** darf nicht weiter eingeschränkt werden. Sich frei äussern dürfen, gehört zu einer **funktionierenden Demokratie**.

Aus all diesen Gründen bitte ich Sie, **NEIN zu diesem Zensurgesetz** zu sagen!

Andrea Geissbühler

Abstimmungsparole zum 9. Februar 2020

Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes:

NEIN mit 248 Stimmen bei 1 Ja-Stimme und 1 Enthaltung

NON à cette loi de censure

***Le Parlement a décidé de compléter le Code pénal et le Code pénal militaire par la norme pénale antiraciste* « orientation sexuelle ».**

C'est-à-dire que si quelqu'un vous entend vous exprimer de façon négative ou critique sur une personne homosexuelle, cette personne peut vous dénoncer, même si vous étiez en conversation avec des amis ou des connaissances.
L'UDF, les JUDC et d'autres partis et organisations ont lancé un référendum contre cette décision.
Une organisation de personnes homosexuelles est contre cet ajout. Ces dernières ne veulent pas d'un régime spécial, mais être traitées comme tout le monde.

*La haine, la marginalisation, le harcèlement et la violence par qui ou contre qui ne doivent pas être tolérés et les **bases légales** actuelles sont amplement suffisantes pour **sanctionner** de tels délits. Toutes les citoyennes et tous les citoyens sont ainsi égaux devant la loi.*

Il y a encore bien d'autres minorités : les personnes en situation de handicap, celles en surpoids, les opposants à la vaccination, celles qui sont dans un parti politique et autres sont souvent discriminées et pourtant elles ne bénéficient pas d'un article de loi qui les protégeraient.

*La **liberté d'expression** ne doit pas être entravée. Pouvoir exprimer librement son opinion fait partie d'une **démocratie qui fonctionne**.*

*Pour toutes ces raisons, je vous prie de dire **NON à cette loi de censure !***

Bernische Gemeinde Clavaleyres, Adieu

Walter Schilt, Grossrat, Vechigen

Am 9. Februar stimmen die Stimmberechtigten der Kantone Bern und Freiburg über das Konkordat zum Wechsel der Gemeinde Clavaleyres zum Kanton Freiburg aufgrund der Fusion mit der Gemeinde Murten ab.

Clavaleyres ist eine deutschsprachige bernische Exklave im französischsprachigen Gebiet der Kantone Freiburg und Waadt. Es ist eine 50-Seelengemeinde mit einer Gesamtfläche von rund einem Quadratkilometer. Aufgrund seiner geografischen Lage, aber auch seiner Grösse kann Clavaleyres schon länger aus eigener Kraft die geforderten öffentlichen Aufgaben nicht mehr alleine erfüllen: Kallnach erledigt heute grösstenteils die administrativen Arbeiten, Laupen führt die AHV-Zweigstelle, die Poststelle befindet sich in Foug, die Feuerwehr und die Spitex in Murten, der Schützenverein und die Kirchgemeinde gehören zu Münchenwiler.
Als letzter Weg blieb die Fusion mit einer anderen Gemeinde. Um dies gleich vorweg zu nehmen, die «Leidensgeschichte» von Clavaleyres beim erfolglosen Suchen einer Fusionspartnerin war beschwerlich und lang. Auch Fusionsbemühungen mit der bernischen Gemeinde Münchenwiler scheiterten am Widerstand der Bevölkerung, und andere bernische Gemeinden in der Nähe zeigten leider ebenfalls kein Interesse an einer Fusion. Clavaleyres musste daraufhin den Blick notgedrungen auch auf ausserbernische Fusionspartner richten. Seit 2012 ist es diesbezüglich mit Murten im Gespräch.
Letztendlich haben die Stimmberechtigten der Gemeinden Clavaleyres und Murten im Herbst 2018 einer Fusion zugestimmt. Nachdem die beiden Kantonsparlamente im Jahr 2019 mit deutlichen Mehrheiten für das Vorhaben eingetreten sind, ist es nun an den Kantonen Freiburg und Bern, der Fusion zuzustimmen. Die letzte Hürde bleibt bei der Bundesversammlung, welche für den Wechsel auch noch grünes Licht geben muss.
Voraussichtlich kann der Wechsel der bernischen Gemeinde Clavaleyres zum Kanton Freiburg und die Fusion mit der Gemeinde Murten nicht vor Anfang 2022 vollzogen werden.

Abstimmungsparole zum 9. Februar 2020

Konkordat über den Wechsel der Gemeinde Clavaleyres zum Kanton Freiburg:

NEIN mit 121 Stimmen bei 102 Ja-Stimmen und 19 Enthaltungen

Bei diesem Geschäft bleibt ein bitterer Nachgeschmack. Gab es wirklich keine andere Lösung, als diese Kleinstgemeinde einfach so in den Kanton Freiburg ziehen zu lassen? Hätte sich der Kanton Bern nicht entschlossener darum bemühen müssen, Clavaleyres zu behalten? Ein Kanton sollte sich aus staatspolitischen Gründen dafür engagieren, sein Territorium integral beizubehalten – wie dies der Kanton Bern im Falle von Moutier richtigerweise auch macht.
Hätte es denn effektiv nicht auch andere Möglichkeiten gegeben? Bei diesen Überlegungen fallen mir sehr schnell die möglichen, oder besser gesagt, eventuell die unmöglichen Steuerungsinstrumente des Kantons ein.
Sicher macht im Falle Clavaleyres der vorgeschlagene, absolut plausible Wechsel objektiv gesehen Sinn. Jedoch könnte dieser Wechsel bei anderen exponierten bernischen Gemeinden plötzlich auch Fusionsgelüste wecken und Schule machen. Wollen wir das wirklich? Ich glaube kaum.
Aus diesem Grunde ist zu hoffen, dass Regierungsrätin Evi Allemann (SP) in ihrer Direktion, zusammen mit der Arbeitsgruppe zum Thema Gemeindefusionen, für die Berner Regierung entsprechende, mehrheitsfähige und strategisch richtige Lösungen hervorbringt. Diese werden sicherlich, wenn im Grossen Rat behandelt, noch für Zündstoff sorgen. Es soll und darf nicht um Zwangsfusionen gehen, sondern vielmehr um «strategisch, sinnvolle, unumgängliche Zusammenschlüsse».

Walter Schilt

Adieu à la commune bernoise de Clavaleyres

Le 9 février 2020, les Fribourgeois et les Bernois voteront sur le concordat qui stipule le transfert de la commune de Clavaleyres qui fusionnera alors avec la commune de Morat (canton de Fribourg).

Il convient aujourd'hui de revenir à la case départ, car Clavaleyres qui compte une cinquantaine d'habitants et a une surface d'un kilomètre2 a cherché pendant longtemps, mais en vain une commune partenaire dans le canton. Les pourparlers entre Clavaleyres et Morat n'ont été engagés qu'en 2012. Depuis longtemps, le petit village de Clavaleyres n'est plus en mesure de faire face par ses propres moyens aux tâches publiques qui lui incombent : Kallnach s'acquitte des tâches administratives, Laupen gère son agence AVS, la poste est à Foug, les sapeurs-pompiers et Spitex viennent de Morat, la société de tirs et la commune paroissiale appartiennent à Münchenwiler. Les efforts de fusion avec la commune bernoise de Münchenwiler ont d'ailleurs échoué suite à la résistance de la population.
Pour finir, les citoyens et citoyennes des communes de Clavaleyres et de Morat ont largement soutenu le projet de fusion à l'automne 2018. Maintenant que la fusion a été approuvée à une large majorité par les deux Parlements cantonaux l'an passé, c'est au tour des cantons de Berne et Fribourg de se prononcer avant que l'Assemblée fédérale ne donne le feu vert final pour le transfert.
La fusion entre la commune bernoise de Clavaleyres et la commune fribourgeoise de Morat ne devrait toutefois pas être effective avant 2022.

Pourtant, cette affaire laisse un goût amer. N'y aurait-il vraiment pas eu une alternative pour que cette petite commune ne quitte pas le canton de Berne ?
N'y avait-il vraiment pas d'autres possibilités ? À la réflexion, je pense qu'il pourrait y avoir des systèmes de gestion du canton possibles, voire impossibles.
Bien sûr, l'intégration de la commune de Clavaleyres dans le canton de Fribourg est plausible. Mais d'autres communes bernoises exposées ne pourraient-elles pas être tentées par une telle idée de fusion ? Est-ce que nous le voulons ? Je ne crois pas.
J'espère donc qu'avec sa direction et le groupe de travail « fusion de communes », la conseillère d'État Evi Allemann (PS) saura trouver les solutions stratégiques adéquates pour que le gouvernement bernois prenne les bonnes décisions. Dans ce contexte, les débats devraient être très animés au Grand Conseil. Il ne faut pas que ce soit des fusions imposées, mais bien des regroupements « stratégiques, plausibles et indispensables ».

Vielen Dank, Jürg Iseli

Ende 2019 ist Jürg Iseli aus dem Grossen Rat zurückgetreten. Er gehörte dem Rat seit November 2005 an und präsidierte ihn 2018–2019 souverän. Als langjähriges Finanzkommissionsmitglied (früher Steuerungskommission) und FiKo-Präsident von 2012–2017 machte er sich immer wieder für eine zurückhaltende Ausgabenpolitik des Kantons stark. Er engagierte sich zudem seit 2012 als Mitglied des Fraktionsvorstands und wahrte dabei stets den Blick für das grosse Ganze. Auch organisierte er den Fraktionsausflug 2014, der aufgrund einer abenteuerlichen Carfahrt auf seine Alp vielen in lebhafter Erinnerung blieb. Die SVP Kanton Bern dankt Jürg Iseli herzlich für sein langjähriges Engagement und wünscht ihm für die Zukunft nur das Beste.

Herzlich Willkommen, Jürg Marti und Kurt Wenger!

In der Grossratsfraktion kommt es zu zwei Änderungen: Jürg Marti rückt für Jürg Iseli nach und Kurt Wenger folgt auf Lars Guggisberg, der infolge seiner Wahl in den Nationalrat als Grossrat zurückgetreten ist. Jürg Marti ist Betriebsökonom HF und Gemeindepräsident von Steffisburg. Kurt Wenger ist Gemeindepräsident von Meikirch und war 2019 als OK-Präsident für den grossen nationalen Mobilisierungsanlass in Aarberg verantwortlich. Die SVP-Grossratsfraktion heisst Jürg Marti und Kurt Wenger herzlich willkommen.

Neue Strukturen in der Kantonsverwaltung

Seit dem 1. Januar hat die Kantonsverwaltung neue Strukturen. Vieles bleibt zwar gleich, aber sechs Direktionen und mehrere Ämter haben den Namen geändert und drei Ämter die Direktion gewechselt.

Umstrukturiert wurden vor allem die ehemalige Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion BVE, die Volkswirtschaftsdirektion VOL, die Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion JGK und die Gesundheits- und Fürsorgedirektion GEF:

- Die frühere BVE konzentriert sich neu auf das Bauwesen und den Verkehr und wird **als Bau- und Verkehrsdirektion BVD** bezeichnet
- Die VOL wurde gestärkt und heisst neu **Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion WEU**. Sie umfasst neu auch das Amt für Umweltkoordination und Energie sowie das Kantonale Laboratorium, die vorher in der BVE bzw. in der GEF waren. Umweltbezogene Themen sind somit in einer Direktion angesiedelt.
- Die JGK heisst neu **Direktion für Inneres und Justiz DIJ**, in ihr wurden die raumbezogenen Aufgaben konzentriert. Deshalb wechselte das Amt für Geoinformation von der BVE in diese neubenannte Direktion.
- Die GEF, neu **Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion GSI** genannt, ist künftig für alle Belange der Asyl- und Flüchtlingshilfe zuständig. Für diese Aufgaben war zuvor teilweise auch die Polizei- und Militärdirektion verantwortlich.

Keine Anpassungen gab es bei der Finanzdirektion FIN. Auf Stufe der Ämter kam es primär zu Namenswechseln, zudem wurden zwei Ämter der ehemaligen VOL aufgeteilt. Die untenstehende Tabelle gibt einen Überblick über alle Änderungen:

Alt	Neu
Volkswirtschaftsdirektion	**Wirtschafts-, Energie und Umweltdirektion (WEU)**
Amt für Berner Wirtschaft beco	Amt für Wirtschaft
	Amt für Arbeitslosenversicherung
Amt für Wald	Amt für Wald und Naturgefahren
Amt für Umweltkoordination und Energie, BVE	Amt für Umwelt und Energie
Amt für Landwirtschaft und Natur	Amt für Landwirtschaft und Natur
	Amt für Veterinärwesen (ab 1.1.2021)
Gesundheits- und Fürsorgedirektion	**Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion (GSI)**
Sozialamt	Amt für Integration und Soziales
Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion	**Direktion für Inneres und Justiz (DIJ)**
Amt für Betriebswirtschaft und Aufsicht	Amt für Dienstleistungen und Ressourcen
Polizei- und Militärdirektion	**Sicherheitsdirektion (SID)**
Amt für Migration und Personenstand	Amt für Bevölkerungsdienste
Erziehungsdirektion	**Bildungs- und Kulturdirektion (BKD)**
Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion	**Bau- und Verkehrsdirektion (BVD)**

Möchten Sie Ihre Eigentumswohnung oder Ihr Haus verkaufen?

Dann sind Sie bei mir an der richtigen Adresse!
Pensionierter Immobilienfachmann.
Kein Verkaufserfolg – keine Kosten!

Telefon 079 630 38 08 / rofi45@hispeed.ch

Impressum

«SVP #bernstark», Publikationsorgan für die Mitglieder der SVP Kanton Bern
Redaktion Aliki M. Panayides, Bern; Reto Niederhauser, Bern
Verlag, Administration und Anzeigenverkauf
Sekretariat SVP Kanton Bern, Optingenstrasse 1, 3013 Bern
Tel. 031 336 16 26, Fax 031 336 16 25, sekretariat@svp-bern.ch, www.svp-bern.ch
Layout Druckerei Singer+Co, Utzenstorf

SVP Frauen: topmotiviert ins neue Jahrzehnt!

Die SVP Frauen starten topmotiviert ins neue Jahrzehnt und werden ihren Mitgliedern und Sympathisantinnen auch dieses Jahr wieder interessante Anlässe bieten. Hier stellen sich die Vorstandsmitglieder vor:

Präsidentin:

Petra Wyss, Aarberg

Unternehmerin, Primarlehrerin, Präsidentin SVP Sektion Aarberg, Chefin Information Krisenführungsstab Seeland, Sicherheitskommission Aarberg

Vizepräsidentin:

Liliane Huguenin, Köniz

Selbständig, Vorstand SVP Köniz, Vorstand SVP Mittelland

Vorstandsmitglieder:

Madeleine Amstutz, Sigriswil

Dipl. Betriebswirtschafterin, Führungsfachfrau eidg. FA, EMBA, Grossrätin und Fraktionspräsidentin; Mitglied FiKo; Präs. Parl. Gruppe Tourismus; Vorstand HEV, VBG, WST, Transfair, TV; VR AVAG und Raiffeisen Steffisburg

Stephanie Gartenmann, Matten b. Interlaken

Gymnasiastin, Vorstand Junge AUNS; Wahlkreispräsidentin JSVP Oberland

Marlène Geiser, Bolligen

Medizinische Laborantin, Sekretärin SVP Mittelland Nord, Delegierte SVP Kanton Bern

Michelle Singer, Utzenstorf

Floristin EFZ, Druckechnologin EFZ, Sekretärin JSVP Schweiz, Vize SVP Utzenstorf; Präs. JSVP Emmental; VS SVP Emmental; VS JSVP Bern; VS Turnverein Utzenstorf

Aliki Panayides, Ostermundigen

Geschäftsführerin SVP Kanton Bern, Vize-Gemeindepräsidentin Ostermundigen; Präs. Kommission öffentliche Sicherheit; Präs. Polizeibeamtenverband Bern-Gemeinden; Vize-Präs. regionales Kompetenzzentrum für Bevölkerungsschutz Bern-Mittelland RKZ BBM; Kommissionsmitglied Teilkonferenz Wirtschaft der Regionalkonferenz; Vorstandsmitglied SVP International und SVP Schweiz

Nadja Pieren, Heimiswil

Führungsfachfrau eidg. FA, dipl. Kleinkinderzieherin, Betriebsleiterin, Inhaberin private Kita und Tagi, Nationalrätin seit 2011, Präs. Gemüseproduzentenvereinigung (GVBF); Präs. Fleischfachverband (FFV Bern); Verwaltungsrätin Radio Neo 1; Parteivorstandsmitglied SVP CH

Eliane Burn, Bern

VR und GL P.S.I. Immobilien AG; VR und GL Immobilien B 45 AG; Mitglied Schulkommission Gymnasium Bern Neufeld; Mitglied Staatsbürgerliche Gesellschaft Bern und Umgebung; Mitglied Heit Sorg zu Bärn; Mitglied HEV Stadt Bern; Mitglied FC Breitenrain

Die Berner SVP-Delegation im Nationalrat und ihre Ziele

Andreas Aebi, Alchenstorf, 1. Vizepräsident des Nationalrats:
Als künftiger Nationalratspräsident stehe ich vor einer spannenden Zeit. Es gilt als SVPler das Beste für unser Land zu tun. Insbesondere beim Rahmenabkommen und beim Mercosur-Handelsabkommen ist dringend nachzubessern, sonst bleibt nur no deal.

Erich Hess, Bern:
Die Welt wird zunehmend unsicherer. Wir müssen die Zuwanderung endlich wieder eigenständig steuern. Neben dem Grenzschutz braucht es dazu auch eine gut ausgerüstete Armee mit funktionierender Luftwaffe!

Lars Guggisberg, Kirchlindach:
Im Interesse des Gewerbes, der produzierenden Landwirtschaft und des Tourismus habe ich mir vollen Einsatz für ein starkes duales Bildungssystem, flexiblere Lösungen bei der Raumplanung im ländlichen Raum und eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur vorgenommen. Als Mitglied der Finanzkommission setze ich mich dabei auf allen Ebenen ein für den effizienten Einsatz des Steuerfrankens.

Nadia Pieren, Heimiswil:
Für unser Land und unsere Bevölkerung das absolut zentralste in den nächsten vier Jahren ist natürlich, den schleichenden EU-Beitritt zu verhindern! Auch gegen die zunehmende Verstaatlichung unserer Gesellschaft und die Abzockerei der Autofahrer werde ich mich mit voller Kraft einsetzen.

Andrea Geissbühler, Bäriswil:
Ich setze mich ein für eine Neuorientierung in der Asylpolitik («Volksinitiative Hilfe vor Ort») und ein Rückübernahmeabkommen CH-Eritrea. Die über 70% ausländischen Gefängnisinsassen sollen ihre Haftstrafe im Heimatland verbüssen. Ebenfalls will ich bei der Strafrahmenharmonisierung und der Strafprozessordnungsrevision mehr Opfer- und weniger Täterschutz!

Albert Rösti, Uetendorf:
Ich werde mich weiterhin für tiefe Steuern und Abgaben und eine tiefere Regelungsdichte für KMU, Tourismus und Landwirtschaft einsetzen. Hier gilt es, insbesondere auf das neue CO_2-Gesetz Einfluss zu nehmen. Zudem sind mir als Vizepräsident der entsprechenden Kommission die Sicherung der AHV und Massnahmen gegen die Kostenexplosion im Gesundheitswesen wichtig.

Erich von Siebenthal, Gstaad:
Im Vordergrund steht für mich eine flächendeckende Bewirtschaftung, kleine und grosse Betriebe müssen ihren Platz haben, also braucht es entsprechende Rahmenbedingungen. Besonders wichtig ist mir die Verwendung des Rohstoffes Holz, der grosses Potential als Baustoff und Energieträger hat: Im Hochbau ist alles machbar, im Energiebereich brauchen wir dank Holz und anderen Erneuerbaren kein Heizöl mehr, diese Wertschöpfung behalten wir zukünftig in unseren Regionen.

Millionen-Transitplatz: undemokratisch – zu teuer – unnütz

Undemokratisch! Wileroltigen hatte in der Vergangenheit bereits negative Erfahrungen mit ausländischen Fahrenden gemacht. Sowohl der Gemeinderat als auch die Gemeindeversammlung sprechen sich deutlich gegen die Schaffung des Transitplatzes aus. Trotzdem will der Kanton dort einen definitiven Platz schaffen. Da noch weitere Standorte für Transitplätze gesucht werden, ist nicht auszuschliessen, dass auch anderen Gemeinden gegen ihren Willen ein Transitplatz aufgezwungen wird.

Zu teuer! Das vom Grossen Rat genehmigte Projekt soll Parkplätze für max. 36 Wohnwagen bieten. Dafür wurde ein Kredit von 3.3 Mio. Franken genehmigt. Ein einzelner Parkplatz kostet somit über 90'000 Franken. Der Regierungsrat rechnet zudem mit einem jährlich wiederkehrenden Betriebsdefizit von bis zu 60'000 Franken. Die Finanzsituation des Kantons lässt Projekte mit chronischen Defiziten nicht zu! **Auch der Gewerbeverband «Berner KMU» lehnt den Transitplatz aus diesen Gründen klar ab.**

Unnütz! Im Sommer 2017 hatten sich über 500 ausländische Fahrende illegal auf dem Rastplatz Wileroltigen niedergelassen. Der geplante Transitplatz würde jedoch nur Platz für max. 180 Personen bieten. Illegale Landnahmen liessen sich mit diesem Transitplatz nicht verhindern. Im Gegenteil: Der neue Platz hätte eine «Magnetwirkung» zur Folge und würde somit weitere Fahrende anziehen.

Aire de transit : pas démocratique – trop cher – inutile

Pas démocratique ! *La commune de Wileroltigen a subi des désagréments liés aux gens du voyage par le passé. Tant le Conseil municipal que l'Assemblée municipale se sont prononcés clairement contre la mise en place d'une aire de transit. Malgré cela, le canton veut installer une aire définitive à cet endroit. Comme d'autres aires de transit devraient encore être créées dans le canton, il n'est pas exclu que d'autres communes soient contraintes d'accueillir une telle infrastructure contre leur volonté.*

Trop cher ! *Le projet accepté par le Grand Conseil doit offrir au max. 36 places pour les caravanes. Le crédit décidé est de 3.3 millions de francs. Ainsi, une seule place coûte plus de 90'000 francs. Le Conseil-exécutif s'attend à un déficit d'exploitation pouvant aller jusqu'à 60'000 francs par année. La situation financière du canton de Berne ne lui permet pas de financer des projets qui génèrent des déficits chroniques.* ***Pour cette raison, l'Association faîtière des PME bernoises rejette également clairement l'aire de transit.***

Inutile ! *En été 2017, plus de 500 personess se sont installées illégalement avec leurs caravanes sur l'aire de repos de Wileroltigen. L'aire projetée pourrait accueillir au max. 180 personnes. Les occupations de terrain illégales ne pourraient donc pas être empêchées. Au contraire, la nouvelle place attirerait encore plus de gens du voyage dans le canton de Berne.*